

## »Fünf Prozent Vermögenssteuer sind zu wenig«

Verteilungskritiker Günther Moewes fordert, Großvermögen viel höher zu belasten

**Dortmund (epd).** Der Verteilungskritiker Günther Moewes fordert drastische Reichensteuern, um die Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich in Deutschland zu reduzieren. Großvermögen müssten massiv besteuert werden, sagte der einstige Dortmunder Professor im epd-Interview. Reichensteuern auf Arbeitseinkommen verringerten die Ungleichverteilung indes kaum. Weil selbst höchste Bezüge bei den Milliardenvermögen kaum ins Gewicht fielen. Die Fragen stellte Dirk Baas.

**epd sozial:** Georg Büchner schrieb vor fast 200 Jahren: »Es gibt nur einen sozialen Konflikt auf der Welt, und das ist der Konflikt zwischen Arm und Reich«. Lässt sich dieses Problem mittels Steuerpolitik lösen?

**Günther Moewes:** Das Problem ist ja nur aus einer haarsträubend falschen Steuerpolitik entstanden, weil man Millionäre und Milliardäre 65 Jahre lang augenzwinkernd zu wenig besteuert hat. Darüber hinaus hat die Kumpanei zwischen Großkapital und Politik die Steueroasen geduldet. Jetzt besitzen die weltweit 85 Reichsten zusammen so viel wie 3,5 Milliarden Menschen, wie die halbe Menschheit. Schaut man weiter tatenlos zu, besitzen sie in zehn Jahren so viel wie 5,2 Milliarden Menschen. Es besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Billionen und den Hunger-toten dieser Welt.

**epd:** Und nun?

**Moewes:** Jetzt geht es nur noch mit drastischen Reichensteuern oder Vermögensabgaben auf Großvermögen. Das habe ich schon 2004 in meinem Buch »Geld oder Leben« gesagt. Heute sagen es nicht nur die Linke und der französische Professor und Buchautor Thomas Piketty, sondern sogar die Deutsche Bundesbank.

**epd:** Protest, auch der Jugend, regt sich kaum.

**Moewes:** Das hat seinen Grund darin, dass die Dimensionen der Ungleichverteilung jenseits aller Vorstellungskraft liegen. Ich versuche, das in einem Beispiel deutlich zu machen. Die Vermögensverteilung wird üblicherweise als 10-Säulen-Diagramm dargestellt, links die ärmste Säule, rechts die reichste. Diese rechte Säule war 2009 in einer Grafik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zwölf Zentimeter hoch, weil die reichsten zehn Prozent durchschnittlich etwa 600.000 Euro besaßen (50 000 Euro entsprechen einem Zentimeter). Das Durchschnittsvermögen betrug 88.000 Euro, also 176 Millimeter. An der äußersten rechten Kante lag das Vermögen des reichsten Deutschen, die 20,7 Milliarden Euro des Aldi-Gründer Theo Albrecht. Dessen Vermögen müsste in der Grafik 4,14 Kilometer hoch sein. Das ist das Ausmaß der Ungleichverteilung in Deutschland.

**epd:** Steuern haben nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sie sind reine Willkür, sagen viele Bürger: Würden Sie diesen Satz unterschreiben?



Günther Moewes ist Verteilungskritiker. Er war Professor an der Fachhochschule Dortmund.

Foto: privat

**Moewes:** Steuern haben zwei Funktionen: Zum einen finanzieren sie die Staatsaufgaben. Auch Neoliberale kommen nicht ohne Staat aus. Ein Staat, der nur mit Privatschulen, Privatkliniken, Privatstraßen und Privatpolizei arbeitet, wäre unregierbar. Er würde weder mit der Kriminalität fertig noch mit Naturkatastrophen oder Epidemien. Die zweite Funktion besteht darin, Fehlentwicklungen entgegenzu »steuern«. Hoch entwickelte kapitalistische Staaten werden zwar ganz gut mit Kriminalität und Epidemien fertig. Aber ihre sogenannte »Primärverteilung«, also vor der Steuererhebung, läuft immer schneller aus dem Ruder. Die von der »Superklasse« angehäuften riesigen privaten Kapitalmengen ziehen immer schneller erarbeitetes Einkommen aus den Bevölkerungen ab. Wird nichts unternommen, endet das Ganze in Mafia, Unregierbarkeit und Staatskollaps.

### »Reiche Superklasse hat Politik längst korrumpiert«

**epd:** Politiker gewinnen Wahlkämpfe am leichtesten, wenn sie versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen. Damit zementieren sie die als ungerecht empfundenen Verhältnisse. Was ist zu tun?

**Moewes:** Nur noch Parteien wählen, die glaubhaft vorhaben, Millionen- und Milliardenvermögen höher zu besteuern. Aus anderen Parteien austreten, Medienlügen entlarven, verlogene Zeitungen abbestellen und Nichtregierungsorganisationen unterstützen.

**epd:** Die Initiative »Vermögende für eine Vermögenssteuer«, die derzeit 63 Reiche unterstützen, bittet seit Jahren regelrecht um eine höhere Abgabenbelastung. Warum ignoriert die Politik solche Forderungen?

**Moewes:** Weil sie von der superreichen »Superklasse« mit ihren Parteispenden, »Thinktanks« und Stiftungen abhängig und korrumpiert ist. Man sieht es bei der Finanzkrise, unterbliebener Bankenregulierung, dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP oder bei Luxemburg-Gate, dem von Ex-Regierungschef Jean-Claude Juncker geschaffenen Steuerparadies für Firmen.

**epd:** Kaum ein Land erzielt weltweit so geringe Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern ➤

► *wie Deutschland. 2010 betrug der Anteil am BIP gerade mal 0,8 Prozent. Ist das eine Folge der Abschaffung der Vermögenssteuer 1997?*

**Moewes:** Unter anderem. Zwar haben auch die USA, Großbritannien, Japan, Australien und die meisten EU-Länder keine Vermögenssteuer. Aber dafür sind die Immobilien- und Erbschaftssteuern dort höher, in den USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich mehr als sechsmal so hoch. Aber nicht einmal das hält dort das Anwachsen der Ungleichverteilung auf, weil ja auch die kleinen Vermögen besteuert werden. Und das vergrößert die Ungleichverteilung, statt sie zu verringern.

**epd:** *Welche Bedeutung hätte ein wieder höherer Spitzensteuersatz? Der lag 1998 noch bei 53 Prozent, heute beträgt er 42 Prozent.*

**Moewes:** Reichensteuern auf Einkommen verringern die Ungleichverteilung kaum. Weil selbst die größten Arbeitseinkommen gegenüber den Milliardenvermögen kaum ins Gewicht fallen. Wieder ein Beispiel: Der Mann mit dem größten Arbeitseinkommen Deutschlands ist VW-Chef Martin Winterkorn mit seinem Einkommen von 17 Millionen Euro jährlich. Der müsste 2.150 Jahre arbeiten, um das Vermögen des kürzlich verstorbenen Theo Albrecht mit seinen 20,7 Milliarden Euro zu erwirtschaften. Bei gleichem Steuersatz wäre das Steueraufkommen Winterkorns also 2.150 mal so klein. Was etwas bringt, sind nur Steuern auf sehr große Vermögen, Immobilien, Erbschaften, Kapital- und Gewinneinkommen.

**epd:** *Sie sagen, Großreichtum entsteht immer aus der Arbeit anderer. Welchen Anteil hat der deutsche Gesetzgeber daran, dass hierzulande aus Geld schnell noch mehr Geld wird?*

**Moewes:** Sein Anteil besteht vor allem aus Unterlassung. Der Gesetzgeber hat es versäumt, die großen Vermögen und Kapitaleinkommen rechtzeitig zu besteuern und Steuerflucht und Kapitalabwanderung ausreichend zu bestrafen. Stattdessen bezieht er seine Steuern hauptsächlich aus Arbeits- und Mehrwertsteuern. Die treffen vor allem den kleinen Mann und den Mittelstand. Sie vergrößern die schon aus der Primärverteilung resultierende extreme Ungleichverteilung noch weiter. Das ist nicht der Sinn von Steuern.

**epd:** *Sehen Sie Kapital auch als extrem scheues Reh?*

**Moewes:** (lacht) Nein, eher als extrem aggressiven Bullen. Vor allem die USA fangen deshalb jetzt an, die Kapitalflucht zu unterbinden. Das hätte viel früher geschehen müssen.

**epd:** *Was halten Sie von dem Vorschlag der Linken. Die Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer von fünf Prozent wieder einzuführen?*

**Moewes:** Laut der Schweizer Bank UBS und den Untersuchungen Anderer sind die Vermögen der Superreichen in den letzten Jahren um sieben Prozent pro Jahr gewachsen. Eine Steuer von fünf Prozent würde das Anwachsen der Ungleichverteilung also nicht ein-

mal stoppen, sondern nur auf zwei Prozent jährlich verlangsamten. Die Prozenzrate müsste also gleitend und im Milliardenbereich höher sein.

**epd:** *Eine solche Abgabe von zwei Prozent fordert auch die Initiative für eine Vermögensabgabe, wenn auch befristet für zwei Jahre. Danach soll der Staat nur noch ein Prozent kassieren. Ist das der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein?*

**Moewes:** Ja, das würde das Anwachsen der Ungleichverteilung noch weniger bremsen als der Vorschlag der Linken.

**epd:** *Die Initiative hat berechnet, dass in den ersten beiden Jahren 150 Milliarden Euro in die Staatskassen kämen. Wo würden Sie dieses Geld investieren?*

**Moewes:** Da habe ich eine lange Liste: Erhöhung von Hartz IV und Grundsicherung, Rücknahme der Privatisierung der Altersversorgung, Erfüllung des gesetzlich garantierten Kita-Anspruchs, Reparatur der maroden Straßen, Brücken und Schuldächer. Außerdem: Flächenankauf für neue Naturschutzgebiete, Einstellung von mehr Polizisten und Lehrern, Verbesserung der Kontrolle von Lebensmitteln, Medikamenten und von Massentierhaltung, Lärmschutzmaßnahmen, Abschaffung der »kalten Progression«, sukzessive Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. 150 Milliarden Euro, das ist übrigens so viel, wie die 18 reichsten Deutschen zusammen besitzen. Allein die 123 Milliardärshaushalte Deutschlands besitzen zusammen 300 Milliarden. Das reichste eine Prozent hat zusammen 3.240 Milliarden Euro. Darauf fünf Prozent Steuern bringen schon 162 Milliarden Euro.

**epd:** *Sie haben ein eigenes Modell der »Rückverteilung« entwickelt. Sie werben dafür, nur die zehn Prozent der reichsten Bürger zusätzlich zu besteuern.*

**Moewes:** Um Himmels willen, nein! Das ist ein Missverständnis. Ich bin Verteilungskritiker und entwerfe keine Steuersysteme. Ich habe nur eine Überlegung angestellt und ausdrücklich als solche deklariert: Wenn die zehn Prozent der Reichsten über 70 Prozent der Vermögen verfügen, würde es die Ungleichverteilung am wirkungsvollsten verringern, wenn man nur diese 70 Prozent besteuern würde. Jede Besteuerung der »unteren« 90 Prozent würde die Ungleichverteilung nicht verringern, sondern weiter vergrößern. Die Ungleichverteilung ist inzwischen so groß, dass sie durch jede Besteuerung von Unter- und Mittelschicht noch erhöht wird.

**epd:** *Wer sich mit Steuerfragen beschäftigt und die Lage der Reichen analysiert, wird oft in die Ecke der Neidhammel gerückt. Geht Ihnen das auch so?*

**Moewes:** Nein. Meine Bücher, Aufsätze und Vorträge finden viel Zustimmung. Meine Aussagen sind sehr gut durch Zahlen belegt. Ich habe bisher noch nicht erlebt, dass auch nur eine einzige Feststellung widerlegt worden wäre. Ich beneide auch keine Superreichen, sondern schäme mich angesichts der Hartz-IV-Empfänger und Flüchtlinge eher meiner Professoren Pension.